

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1853

20.10.1853 (No. 246)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 20. Oktober.

N. 246.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einkaufspreise: die gespaltene Preiszelle oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1853.

Karlsruhe, 18. Oktober.

Ihre königliche Hoheit die verwitwete Frau Großherzogin Sophie nebst Ihren Großherzoglichen Hoheiten den Prinzeßinnen Marie und Cécilie sind heute Abend von Baden-Baden hier zurückgekehrt.

Altensücke zur orientalischen Krise.

(Destr. Corr.)

Wien, 16. Okt. Wir erhalten heute eine französische Uebersetzung des Manifestes der h. Pforte vom 1. Muharem 1270 (4. Okt.). Ohne in die Würdigung der darin enthaltenen Angaben und Darstellungen, welche natürlich von einem einseitigen Standpunkte ausgehen, uns weiter einzulassen, glauben wir doch einen gedrängten Auszug dieses, für die Zeitgeschichte immerhin interessanten Dokumentes geben zu sollen.

Das Manifest knüpft seine Darstellung der Sachlage an die von der Pforte verlangten Modifikationen der Wiener Note und an das Ansuchen der Mächte, davon abzusehen, nachdem Russland bei der einfachen Annahme des Wiener Konferenztorschlusses beharrte. Es sei die Darlegung der Motive der h. Pforte zu diesem Schritte um so unerlässlich, als sie sich genöthigt sehe, den Krieg zu beginnen, und dieses Mal dem Rathe der Großmächte, „ihrer Allürten“ (?), nicht nachzufolgen, „obgleich die ottomanische Regierung niemals aufgegeben habe, die wohlwollende Absicht ihrer Vorstellungen gebührend zu würdigen.“

In dem Benehmen der Regierung Sr. Maj. des Sultans habe von Anfang an keine Veranlassung zu Streitigkeiten gelegen, denn sie sei vom Beginn des Streites bis jetzt mit Mäßigung und Versöhnlichkeit vorgeschritten. Habe Russland sich in Betreff der hl. Orte zu beschweren gehabt, so hätte es sich — nach der Ansicht des türkischen Manifestes — auf diese Frage beschränken und nicht zugleich Einschüchterungsmaßregeln ergreifen sollen, wie die Absendung der Truppen an die Grenzen und Vorbereitung maritimer Streitkräfte zu Sebastopol. Die Frage der hl. Orte sei zur Zufriedenheit aller Theile gelöst, und auch in Betreff anderer, Jerusalem betreffender Fragen die Geneigtheit der Pfortenregierung zur Ertheilung der verlangten Zusicherungen dargelegt worden. Nachdem diese Angelegenheit beseitigt gewesen, müsse es die Türkei als einen Kriegsvorwand ansehen, wenn Russland auf der Frage der Privilegien der griechischen Kirche bestehe, welche die osmanische Regierung oktroirt habe, die sie in ihrer Ehre, ihrer Würde und souveränen Gewalt aufrecht zu erhalten sich verpflichtet fühle, in Betreff deren aber sie weder die Einmischung noch die Oberaufsicht irgend einer andern Regierung zugeben könne. Nun habe Russland die Moldau und Walachei mit bedeutenden Streitkräften besetzt, und wolle diese Provinzen als Pfand behalten, bis es das von ihm verlangte erhalte. Die Pforte habe das mit Recht als eine Vertragsverletzung, folglich als einen casus belli angesehen und die übrigen Mächte würden es wohl ebenso beurtheilt haben. Somit, versichert das Manifest, sei Russland der angreifende Theil.

Wie man annehmen könne, die h. Pforte, die sich stets durch treue Beachtung der Verträge ausgezeichnet, werde dieselben jetzt so sehr verletzt haben, um Russland zu einer Vertragsübertretung zu berechtigen? Wo denn, dem Vertrage von Kainardschi zuwider, christliche Kirchen zerstört oder dem christlichen Kultus Hindernisse in den Weg gelegt worden seien? Die unmodifizierte Wiener Note sei zwar allerdings mit der von dem Fürsten Menschikoff verlangten nicht ganz übereinstimmend, auch nicht zu läugnen, daß einige Paragraphen des Notenentwurfs der h. Pforte selbst darin aufgenommen seien; aber in ihrer Gesamtheit weiche sie doch dem Buchstaben, wie dem Geiste nach nicht durchaus von dem Menschikoff'schen ab. Die zuletzt von den Vertretern der Großmächte gegebenen Versicherungen in Betreff der Gefahr nachtheiliger Interpretationen des fraglichen Notenentwurfs bewiesen freilich aufs neue die guten Absichten ihrer respektiven Regierungen für die h. Pforte und hätten somit der Regierung Sr. Maj. des Sultans zu hoher Befriedigung gereicht. Allein Angesichts des von Russland erhobenen Streites über die kirchlichen Privilegien und dessen Versuch, einen klaren und deutlichen Paragraphen des Traktats von Kainardschi als Stützpunkt dafür zu benützen, erscheine es der h. Pforte bedenklich, in ein diplomatisches Altensück eine Stelle aufzunehmen in Betreff der eifrigen Sorgfalt des russischen Kaisers für die Erhaltung der kirchlichen Freiheiten und Privilegien, welche dem griechischen Kultus von den osmanischen Herrschern freiwillig eingeräumt worden seien, ehe noch Russland als ein Kaiserreich bestand; dabei das Nichtbestehen eines Zusammenhangs zwischen diesen Privilegien und dem Vertrage von Kainardschi unerwähnt und im Dunkeln zu lassen; endlich zu Gunsten der großen Kirchengemeinschaft von Unterthanen der h. Pforte des griechischen Ritus Ausdrücke zu gebrauchen, welche auf Verträge anzuspielen scheinen könnten, die mit Frankreich und Desterreich in Bezug auf die fränkischen und lateinischen Mönche abgeschlossen worden sind. Eine solche Nachgiebigkeit, meint das Manifest, würde Russland gewisse

dunkle und unbestimmte, ja den wirklichen Thatsachen entgegenstehende Paragraphen zur Verfügung stellen, ihm einen begründeten Vorwand zur Behauptung von kirchlichem Aufsichts- und Schutze liefern, wobei es versichern werde, es liege darin nichts Verlegendes für die Souveränitätsrechte und die Unabhängigkeit der h. Pforte.

Diese Auffassung wird in dem Manifeste durch Aeusserungen russischer Beamten und Agenten zu begründen versucht, welche erklärt haben sollen, die kais. russische Regierung habe keine andere Absicht, als die, den Sachwalter in allen Fällen machen zu wollen, wo den bestehenden Privilegien zuwider gehandelt werde.

Es sei natürlich, argumentirt das türkische Manifest weiter, daß die h. Pforte, welche neben ihren Modifikationen zu der Wiener Konferenznote noch beruhigende Zusicherungen verlangt habe, sich nicht zufrieden gestellt finden könne, wenn die Wiener Note unverändert bleibe. Sie habe einmal erklärt, Das nicht thun zu können, wenn sie nicht dazu gezwungen werde, und sie würde bei nunmehriger Annahme ihrer Würde gegenüber den andern Mächten, sowie auch in den Augen der eigenen Unterthanen einbüßen, somit einen moralischen und materiellen Selbstmord begehen. Wenn gleich Russland seine Abweisung der türkischen Modifikationen als eine Ehrenfrage darstellte, so meint das Manifest doch die wahre Ursache dieser Weigerung darin suchen zu sollen, daß es Russland nicht zusage, klare Ausdrücke an die Stelle einer unbestimmten Fassung zu setzen, welche ihm später einen Vorwand zu Einmischungen bieten könnte.

Die Gründe zu den türkischen Modifikationen seien von den Vertretern der vier Mächte gewürdigt (appréciés) worden, was beweise, daß die Pforte vollkommen Recht gehabt habe, die Wiener Note nicht einfach und unverändert anzunehmen. Damit solle aber ein Entwurf, welcher die Zustimmung der großen Mächte erhalten habe, nicht kritisiert werden. Die Bemühungen derselben seien stets — mit Wahrung der Rechte und der Unabhängigkeit der türkischen Regierung — dahin gerichtet gewesen, den Frieden zu erhalten. Die dahin zielenden Schritte waren im höchsten Grade lobenswerth, und die h. Pforte versichert, sie vermöge das niemals genügend anzuerkennen. Jede Regierung müsse aber, in Folge ihrer besondern Kenntnisse und Lokalerfahrungen, die Punkte, die ihre Rechte betreffen, besser beurtheilen können, als andere, und somit beabsichtige die osmanische Regierung durch diese Darstellung nur die nöthigenden Verhältnisse (la situation obligatoire) zu rechtfertigen, in welche sie sich zu ihrem Bedauern versetzt finde, während sie gewünscht hätte, fortwährend von den wohlwollenden Rathschlägen nicht abzuweichen zu müssen, die ihr von ihren Allürten seit dem Beginn des Zerwürfisses gegeben worden, und die sie bis jetzt befolgte.

Nun wird eine Rechtfertigung gegen den Vorwurf versucht, die Pforte habe die demoralischen Schwierigkeiten durch ihre Säumnisse, eine Ausgleichung (un arrangement) vorzuschlagen selbst herbeigeführt, wobei auf die Geschichte der diplomatischen Verhandlungen zurückgegriffen wird. Es kann diese Ausführung, als unwesentlich, hier wegfallen.

Auf die Wiener Note, heißt es dann weiter, habe die türkische Regierung in ihrer Beforgnis vor Allem, was ein Einmischungsrecht Russlands in die kirchlichen Angelegenheiten in sich schließen könne, weiter Nichts thun können, als Versicherungen zu geben, welche die Zweifel über den streitigen Gegenstand zu beseitigen geeignet erschienen haben. Um so weniger könne man erwarten, sie werde nach so vielen Vorbereitungen und Opfern Vorschläge annehmen, die zur Zeit der Anwesenheit des Fürsten Menschikoff in Konstantinopel nicht annehmbar befunden wurden. Sodann heißt es am Schlusse des Manifestes wörtlich: „Da das Kabinets von St. Petersburg mit den angebotenen Versicherungen nicht befriedigt ist, da die wohlwollenden Bemühungen der hohen Mächte unfruchtbar geblieben sind, da endlich die h. Pforte den gegenwärtigen Stand der Dinge, sowie die Andauer der Okkupation der moldau-walachischen Fürstenthümer, dieser integrierenden Theile ihres Reiches, nicht mehr zulassen noch zugeben kann, so wird das ottomanische Kabinets, in der festen und rühmlichen Absicht, die geheiligten Rechte der Souveränität und der Unabhängigkeit ihrer Regierung zu verteidigen, gerechte Repressalien gegen eine Verletzung der Verträge üben, die es als einen casus belli betrachtet. Dasselbe notifizirt somit amtlich, daß die Regierung Sr. Maj. des Sultans sich genöthigt sieht, den Krieg zu erklären, und daß sie Sr. Erz. Dmer Pascha die entschiedensten Weisungen ertheilt hat, den Fürsten Gortschakoff aufzufordern, die Fürstenthümer zu räumen, und die Feindseligkeiten zu beginnen, wenn — nach Verlauf von 15 Tagen von der Ankunft seiner Depesche im russischen Hauptquartier — ihm eine verneinende Antwort zukäme.“

„Es ist wohlverstanden, daß bei einer verneinenden Antwort des Fürsten Gortschakoff die russischen Agenten die ottomanischen Staaten zu verlassen haben und die Handelsverhältnisse der respektiven Unterthanen beider Regierungen unterbrochen werden müssen.“

„Da es aber die h. Pforte nicht für gerecht findet, den alten Gebrauchen gemäß auf russische Handelsfahrer Embargo zu legen, so soll denselben in einer später zu bestimmenden

Frift eröffnet werden, daß sie sich in das Schwarze oder Mitteländische Meer zu begeben haben. Da überdies die ottomanische Regierung den Handelsverbindungen der Unterthanen der befreundeten Mächte keine Hindernisse in den Weg legen will, so wird sie während des Krieges die beiden Meerengen ihrer Handelsmarine offen lassen.“

Das Schreiben Dmer Pascha's an den General Gortschakoff lautet in der Uebersetzung aus dem Französischen wie folgt:

Sr. General!

Im Auftrage meiner Regierung habe ich die Ehre, dieses Schreiben an Sie zu richten.

Während die h. Pforte alle Mittel der Versöhnung erschöpft, um den Frieden und ihre Unabhängigkeit zu bewahren, hat der kaiserl. russische Hof nicht aufgehört, Schwierigkeiten zu bereiten und endlich sogar die Verträge durch die Besetzung der zwei Fürstenthümer der Walachei und der Moldau, integrierender Bestandtheile des ottomanischen Reiches, verlegt.

Getreu ihrem Friedenssysteme, hat die Pforte, statt von dem Rechte der Repressalien Gebrauch zu machen, sich damals beschränkt, dagegen zu protestiren, ohne sich von der Bahn zu entfernen, welche zu einer Ausgleichung führen konnte.

Russland im Gegentheil hätte sich, ähnliche Gesinnungen zu äußern, und schloß mit der Verwerfung von Anträgen, welche, von den erhabenen vermittelnden Höfen ihm empfohlen, nothwendig waren für die Ehre und Sicherheit der Pforte.

Es bleibt derselben folglich Nichts übrig, als die unerlässliche Verpflichtung, zum Kriege ihre Zuflucht zu nehmen. Da jedoch die Invasion der Donaufürstenthümer und der sie begleitende Vertragsbruch die unvermeidlichen Ursachen des Krieges bilden, so schlägt die h. Pforte, zur letzten Bethätigung ihrer friedlichen Gesinnungen, Ev. Erz. durch meine Vermittlung die Räumung der gedachten zwei Provinzen vor, und bietet zum Behufe der Entscheidung eine Frift von 15 Tagen vom Tage des Empfangs dieses Schreibens an gerechnet.

Wenn binnen dieser Zeit eine verneinende Antwort mir von Seite Ev. Erz. zukommen sollte, wäre der Beginn der Feindseligkeiten hievon die natürliche Folge (le commencement des hostilités en serait la conséquence naturelle).

Dies habe ich die Ehre, zur Kenntniss Ev. Erz. zu bringen, indem ich die Gelegenheit ergreife, um Ihnen die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu ertheilen.
Dmer Pascha.

** Orientalische Angelegenheiten.

I. Nachrichten aus dem Osten. Die Berichte von den Donaugegenden melden, daß die Rüstungen auf beiden Seiten fortdauern. Wichtig für den friedlichen Verkehr wäre die Nachricht, daß der südlich von der Sulinamündung fließende Arm der Donau, der St.-Georgs-Arm, tiefer als jener und für die kleineren Lloydsschiffe fahrbar sei. Er liegt ganz auf türkischem Gebiet, und könnte bei günstigerem Wasserstande, der jetzt ungewöhnlich ist, selbst die größern Fahrzeuge ins Schwarze Meer führen. Wichtig ist zugleich die gestern mitgetheilte Nachricht, daß die Pforte die Anlegung eines Kanals zwischen der Donau und dem Schwarzen Meer durch eine englische Gesellschaft genehmigt habe; sie ist wichtig, weil dadurch die Kosten einer Baggermaschine für die Sulinamündung erspart werden. Dieser Kanal war längst im Plan, aber erst jetzt, wo englischer Einfluß in Konstantinopel vorwiegt, ist es gelungen, ihn zu fördern. Die Russen ziehen sich an die Donau, wohl mehr der Vertheidigung als des Angriffs wegen. Das türkische Donauufer von Silistria aufwärts soll eine Kette von Schanzen und Batterien, und die Türken den Russen in der Zahl der Geschütze und der Bedienung derselben überlegen sein.

Die neueste Post aus Konstantinopel ist vom 6. und bringt nichts wesentlich Neues. Die türkische Flotte sollte am 12. auslaufen. Der Kriegsminister Mehemed Ali geht zur Arme. — Ein Korrespondent des „Journal des Débats“ meldet aus Pera vom 5. d., daß die Türken vom größten Entschlusse besetzt seien, und ein englischer General, der die türkische Armee besichtigte, der Ausbildung und Disziplin derselben ein ganz vortheilhaftes Zeugnis ausstelle; auch habe sie Lebensmittel genug und bezahle Alles, was sie brauche. Die Zahl der Truppen belaufe sich türkischer Seits auf 120, bis 130,000 Mann in Europa, und auf 60- bis 70,000 Mann in Asien, russischer Seits auf 124,000 Mann, von denen aber nur etwa 80,000 als wirklich unter den Fahnen befindlich zu betrachten seien. Die russische Armee soll durch Krankheiten schon große Verluste erlitten und dormalen 15,000 Kranke in den Spitalern haben. Auch dieser Berichtserklärer erklärt, daß größere Operationen für jetzt unmöglich seien.

II. Nachrichten aus dem Westen. Pariser Nachrichten vom 16. d. in der „Juden-Post“ wollen wissen, daß der Kaiser Nikolaus bei der Nachricht von der türkischen Kriegserklärung in heftigen Zorn gerathen und alle seine Zugeständnisse zurückgezogen habe; guerre à outrance! habe er ausgerufen. Auch die Türken sollen jetzt weniger bewil-

